

**Antrag 137/I/2020****AG Migration und Vielfalt LDK**

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Bekämpfung rechter Gewalt muss Aufgabe des Regierenden Bürgermeisters/der Regierenden Bürgermeisterin werden**

1 Zur Bekämpfung rechter digitaler und analoger Bedro-  
 2 hungen und menschenfeindlicher Herabsetzung sowie  
 3 für einen besseren staatlichen Schutz der Opfer richtet  
 4 das Land Berlin einen mit Fachleuten aus Verwaltung-  
 5 gen, Wissenschaft und Gesellschaft besetzten, ressort-  
 6 übergreifenden Experten\*innenrat ein, der bei der Regie-  
 7 renden Bürgermeisterin / beim Regierenden Bürgermeis-  
 8 ter angesiedelt ist.

9

10 Dort müssen alle Fragen rechter Gewalt und Bedrohung,  
 11 die Wirkung in die Gesellschaft hinein und das staatli-  
 12 che Handeln hinterfragt werden sowie der Senat und die  
 13 Fachressorts mit regelmäßigen Handlungsempfehlungen  
 14 adressiert werden.

15

16 Der Rat sollte dreimal jährlich tagen und jeweils Maßnah-  
 17 men empfehlen. Ein Bericht sollte die Öffentlichkeit alle  
 18 zwei Jahre über Erkenntnisse und Fortschritte informie-  
 19 ren.

20

**Begründung**

22 Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lüb-  
 23 cke, der antisemitische Terroranschlag in Halle, die ras-  
 24 sistischen Morde in Hanau und die hohe Zahl weiterer  
 25 rechtsextremistischer Gewalttaten sowie rechter Mord-  
 26 drohungen insbesondere gegenüber engagierten Frauen  
 27 mit und ohne Migrationsgeschichte haben unser Land er-  
 28 schüttert. In Berlin Neukölln beklagen wir eine rechtsex-  
 29 tremistische Anschlagsserie mit über 70 unaufgedeckten  
 30 Fällen in den letzten drei Jahren. Die Berliner Polizei und  
 31 Staatsanwaltschaft stehen unter dem Verdacht, in Teilen  
 32 mit rechten Netzwerken in Verbindung zu stehen.

33

34 In den letzten Monaten sind dramatisch hohe Zahlen an  
 35 rechten und rechtsextremen Hasskommentaren in den  
 36 sozialen Medien sowie Volksverhetzung, Mord- oder Ver-  
 37 gewaltigungsdrohungen gegen Ehrenamtler\*innen, Poli-  
 38 tiker\*innen und Menschen des öffentlichen Lebens hinzu-  
 39 gekommen.

40

41 In unserer langjährigen Parteigeschichte ist es selbstver-  
 42 ständlich, dass die Sozialdemokratische Partei Deutsch-  
 43 lands auch heute noch gegen jede Form von Faschismus  
 44 und Rechtsextremismus steht und alles tut, damit Tä-  
 45 ter\*innen juristisch belangt und verurteilt werden.

46

47 Die SPD Berlin zeigt sich erschüttert von dem Ausmaß und  
 48 der Intensität an Beleidigungen, Drohungen und Gewalt,

Zur Bekämpfung rechter digitaler und analoger Bedro-  
 hungen und menschenfeindlicher Herabsetzung sowie  
 für einen besseren staatlichen Schutz der Opfer richtet  
 das Land Berlin einen mit Fachleuten aus Verwaltung-  
 gen, Wissenschaft und Gesellschaft besetzten, ressort-  
 übergreifenden Experten\*innenrat ein, der bei der Regie-  
 renden Bürgermeisterin / beim Regierenden Bürgermeis-  
 ter angesiedelt ist.

Dort müssen alle Fragen rechter Gewalt und Bedrohung,  
 die Wirkung in die Gesellschaft hinein und das staatli-  
 che Handeln hinterfragt werden sowie der Senat und die  
 Fachressorts mit regelmäßigen Handlungsempfehlungen  
 adressiert werden.

49 auch gegen jüdische und muslimische Menschen, sowie  
50 gegen Menschen mit Migrationshintergrund, People of  
51 Colour und Menschen aus der queeren Community.

52

53 Die SPD Berlin steht in Solidarität mit allen Ehrenamt-  
54 ler\*innen, Politiker\*innen und Menschen des öffentlichen  
55 Lebens, die durch antisemitische, rassistische, homopho-  
56 be sowie rechtsextreme Hassmails, Drohbrieife- und An-  
57 schläge eingeschüchert und angegriffen werden.

58

59 Da die Bedrohungslage mittlerweile breit gestreut ist und  
60 viele gesellschaftliche Ebenen und Kreise erfasst, ist ein  
61 übergreifender Blick notwendig, um dem komplexen Zu-  
62 sammenhang gerecht zu werden und die Wirkung diese  
63 Drohpotentials in die Gesellschaft hinein zu erfassen,

64

65 Die SPD Berlin wird deshalb darauf hinwirken, dass das  
66 Land Berlin als politischer Vorreiter in Deutschland ein  
67 ressortübergreifendes Beratungsgremium an seiner Spit-  
68 ze errichtet, durch die alle Vorfälle rechter Gewalt und Be-  
69 drohung erfasst und gebündelt sowie Maßnahmen, ins-  
70 besondere von Expert\*innen aus Wissenschaft und Gesell-  
71 schaft, aufgenommen werden, um die Stadt erfolgreicher  
72 vor rechter Bedrohung zu schützen.